

Änderungsanträge LT-Wahlprogramm

Ab Zeile 25

Auch die ~~Sorgen vor einer sich~~ die sich verschärfenden Klimakrise wurde von der Landesregierung ausgesessen. Statt aktiven Klimaschutz gab es rechtswidrige Polizeieinsätze gegen Menschen, die für einen Politikwechsel demonstrierten – und eine Verschärfung des Versammlungsgesetzes, um den Widerstand gegen ihre falsche Politik zu erschweren. DIE LINKE NRW sagt: ~~Wer derart leichtfertig die Angst vor einer ökologisch zerstörten Zukunft vom Tisch wischt, muss abgewählt werden. Es ist Zeit für Veränderung!~~ Im Kapitalismus ist der Schutz des Klimas und ein Ende des Raubbaus an der Natur nicht machbar. Wir streiten, gemeinsam mit der Klimagerechtigkeitsbewegung, für einen Systemwechsel.

Begründung:

Es sind nicht nur die Sorgen, die uns bedrohen, sondern es ist die reale Krise, die Heute und in Zukunft Menschenleben gefährdet. Um diese Krise abzuwenden ist es notwendig den Kapitalismus zu beenden. Dies muss in der Präambel stärker hervorgehoben werden.

Änderung ab Zeile 532

Psychische Erkrankungen besser behandeln

Bei immer mehr Erkrankungen handelt es sich um psychische oder psychosomatische Krankheiten, bedingt oder mitbedingt durch Stress, Mobbing, Arbeitsverdichtung und Erwerbslosigkeit. Coronasituation und Hochwasserkatastrophe haben noch weiter dazu beigetragen. *Das zeigt sich deutlich in den ständig steigenden Zahlen von Depressions- und Burn-Out-Erkrankten.* In NRW fehlen hierfür vielerorts psychiatrische, psychologische und psychotherapeutische Hilfen. *Die Durchschnittswartezeit auf einen Therapieplatz beträgt mittlerweile durchschnittlich 9 Monate. Ausserdem nehmen viele Therapeuten nur Privatpatienten*innen auf. Psychische Erkrankungen sind der der Gesellschaft immer noch ein grosses Tabuthema, was die Situation der Erkrankten meist verschlimmert. Ein umfangreiches Aufklärungsprogramm ist notwendig, das die Situation der Betroffenen und Angehörigen zu verbessern hilft.*

Ein gutes ambulantes Angebot von gemeindepsychiatrischen Einrichtungen wie zum Beispiel Tagesstätten und Kontaktstellen, möglichst in öffentlicher Trägerschaft, hilft Rückfälle und Krankenhausaufenthalte zu vermeiden und stabilisiert die Erkrankten. Eine verbindliche und gute Personalausstattung ist im psychiatrischen und psychotherapeutischen Bereich besonders wichtig. Psychiatrie am Fließband vernachlässigt den therapeutischen Ansatz und kann die persönliche Lage der zu behandelnden Menschen oft nicht angemessen berücksichtigen.

Ebenfalls wichtig ist die Beratung und Betreuung von Angehörigen psychisch Erkrankter. Leider finden seit Jahren in gesamten Bereich der Psychiatrie und Psychotherapie Kürzungen statt.

Was tun?

- Eine stärker verzahnten psychiatrische und psychotherapeutische Versorgungsstruktur ausbauen
 - Ein unabhängiges psychosoziales Beratungssystem auf kommunaler Ebene einführen
 - Die psychotherapeutischen Versorgungsbezirke neu ordnen
 - Ambulante Einrichtungen der Gemeindepsychiatrie für alle Lebensalter erhalten und ausbauen, möglichst in öffentlicher Trägerschaft
- *Beratungsangebote für Angehörige psychisch Erkrankter einrichten*
 - *mehr Therapieplätze bereitstellen für eine schnellere Behandlung*
 - *mehr Übernahme der Kosten durch die Krankenkassen*
 - *mehr Aufklärung der Gesellschaft über psychische Erkrankungen*

Begründung: erfolgt mündlich

Zeile 1410

Wir fordern die Neugründung ~~eines landeseigenen Wohnungsunternehmens~~ einer **Landeseigenen Wohnungsgenossenschaft** und ein Landesprogramm zur Unterstützung ~~gemeinwohlorientiert wirtschaftender gemeinnütziger kommunaler Wohnungsunternehmen~~—

Begründung: erfolgt mündlich

Zeile 1631 einfügen

Kostenloser Zugang zu sportlichen Aktivitäten

Begründung:

Gerade weil Sport so wichtig für die Gesundheit ist sollten alle Menschen unabhängig ihrer sozialen und ökonomischen Lage Zugang zu Sportplätzen,- geräten, etc haben.

Zeile 2047

Schulbesuch für geflüchtete und neu zugewanderte Jugendliche bis zum ~~ersten~~ **gewünschten** Schulabschluss **oder Studium**

Begründung

Wir wollen Menschen, die sich eine Zukunft aufbauen wollen nicht mit dem erstbesten Abschluss, der gerade zur Verfügung steht, abspeisen. Das Ziel einer linken Integration und Bildungspolitik muss es sein, allen Menschen die beste Bildung anzubieten.

Zeile 2570 einfügen

Die Landtagsfraktion DIE LINKE NRW setzt sich auch auf Bundesebene für die Abschaffung der Paragraphen 218 und 219a StGB ein.

Begründung:

Die Paragraphen 218 und 219a des StGB kriminalisieren Schwangerschaftsabbrüche, sowie die Information („Werbung“) von Praxen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, dass sie diese Leistung anbieten. Dies geht gegen die sexuelle Selbstbestimmung und verhindert einen freien Zugang zu gesundheitlichen Informationen.

Zeile 2599 Gewaltfrei leben können

Einfügen:

Die Kosten für die anonyme Spurensicherung nach einem sexuellen Übergriff übernimmt das Land.

Begründung:

Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache, sondern ein gesellschaftliches Problem. Die Politik und demnach auch die Gesundheitspolitik muss zum Schutz von Frauen beitragen. Dazu gehört die Kostenübernahme, um sexuell Übergriffige nachzuverfolgen.

Nach Zeile 2898 einfügen:

Dies ist im Kapitalismus nicht möglich. Viele Bewegungen haben dies längst erkannt. Gemeinsam mit ihnen fordern wir den Systemwechsel, der für den Schutz unseres Planeten notwendig ist.

Begründung:

Wir sollten uns stärker als Verbündeter der sozialen Bewegungen auf der Straße sehen. Eine Linke Partei der Zukunft muss es als ihre Aufgabe begreifen den Druck der Bevölkerung ins Parlament zu tragen und zugleich mit ihnen auf der Straße zu stehen um tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen zu erkämpfen.

Zeile 3338

Alle ÖPNV-~~Bediensteten~~ Beschäftigten 100 Prozent kommunal beschäftigen,
keinerlei Fremdvergabe

Begründung:

Der Begriff „Bediensteten“ hat einen eher Abwertenden Ton. Bei „Beschäftigte“ ist dies weniger der Fall, zudem der Begriff geläufiger ist.

vor Zeile 3649 in der Aufzählung einfügen.

Waldrodungen für den Ausbau von Autobahnen und für die Nutzung fossiler Energien müssen sofort gestoppt werden.

Begründung:

Trotz des Widerstands viele Initiativen gibt es immer noch viele Pläne Waldstücke oder ganze Wälder zu roden um beispielsweise Autobahnen zu bauen. Der Hambacher Wald wurde gerade so gerettet. Den Danni in Hessen haben wir verloren. Der Sterki im Ruhrgebiet ist noch umkämpft. Es gibt sicherlich noch mehr Beispiele. Wir sollen im Programm und in unseren Taten den vielen Initiativen bei stehen.

Zeile 3870 einfügen

Straßen und Plätze, die nach Kolonialisten oder Militaristen benannt sind, müssen umbenannt werden

Begründung:

Wer Kolonialismus und historischen Rassismus ernsthaft aufarbeiten will, muss auch die Kolonialisten aus dem öffentlichen Raum verdrängen. Auch wenn die Umbenennungen in den meisten Fällen in der Hand der Kommunen liegen, können wir auf Landesebene Druck dafür ausüben.